

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und
Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie
Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Bemüht“. Der Bezugspreis
beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juli 45.— Mk.,
im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen.
Unter Erzielung bezogen für Deutschland, Dänisch, das Saar-
und Rheingebiet sowie die skandinavischen Gebiete Polens und
Lugemburg 52.— Mk. für das übrige Ausland 110.— Mk.

Die „Freiheit“ erscheint als Kompartimentsbeilage über deren Raum kostet 20.— Mk.,
einschließlich Unterhaltungsbeilage. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort
3.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk., einschließlich Unterhaltungsbeilage.
Deutsche Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche
12.— Mk., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fest-
gedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1.50 Mk.
Verlag: Fernsprecher No. 4221.
Redaktion: Fernsprecher No. 4167, 4991 u. 150 97.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Mord von Rechts Nr. 400

Wer ist der Nächste?

Von E. J. Gumbel.

Ob diese Fassung richtig ist, oder ob es 300 oder 401
Reichen muß, ist belanglos. Wichtig aber ist, daß die Er-
mordung Rathenau's keine Einzelercheinung in der
Deutschen Republik, sondern nur ein Glied in einer langen
Kette, die von Rosa Luxemburg, Liebknecht, Eisner, Land-
auer, Daaß, Paasche, Garsis, Erzberger bis zum Attentat
auf Scheidemann reicht, und auch heute noch nicht ab-
gebrochen ist.

Außerordentlich differenziert sind die Morde. Jeder hat
seine Eigenheit. Trotzdem lassen sich die bisherigen politischen
Morde von Rechts auf drei Typen zurückführen, die sich
mit der Zeit ablösen.

1. Die unorganisierten Morde im Zeichen der „Ruhe und
Ordnung“. Ein Putschaufruf wird provoziert (Zup 1919)
oder bricht tatsächlich aus. Einwohnerwehr, Studentenkörps,
und Freiwilligenverbände arbeiten an seiner Unterwerfung.
Bei dieser Gelegenheit muß jedes Mitglied die ihm
persönlich oder durch Denunziation gute Freunde be-
kannnten, ehrlichen Republikaner ab: Das sind Spartakisten.
Weg damit!

Dieser sozusagen handwerksmäßige Mord ist im kleinen
Umfreiß wirksam. Doch nur hier. Unfähig ist er, die
großen bekannten Republikaner zu erfassen. Hierzu dienen
andere, bessere Methoden, industrieller Art.

2. Die halborganisierten Morde. Ein Putsch von Rechts
wird benutzt. Die Widerstrebenden, die sich dem Aufbau
„der Regierung der Arbeit“, widersetzen, werden „auf Grund
der erlassenen Gesetze“ durch Standrecht beseitigt. Gelting
der Putsch, umso besser, möglichst er, so werden die Gerichte
schon dafür sorgen, daß den Mördern nichts passiert. Und
sie haben dafür gesorgt: Von 400 politischen Morden von
Rechts ist keiner wirklich gesühnt.

Die beiden Methoden, trotz ihrer Wirksamkeit, sind nicht
in allen Zeiten brauchbar. Vor allem nicht in ruhigen. Doch
sind sie Vorarbeit; Bausteine zum Ziel: Tod allen Repu-
blikanern; Methoden zum Ausbau der Organisation.

3. Der hochorganisierte Mord. Viele Feinarbeit, hohe
Kultur, glänzende Vorbereitung planmäßiger Zusammen-
wirkung, bis das Opfer erliegt. Angesagt zählt doppelt.
Daher zunächst in der Öffentlichkeit systematische Hege
zum Mord: „Der Mann ist ein Schädling. Er
muß weg. Nur die nationale Einheitsfront kann helfen.“
So besetzt die sinnloseste Presse. Bis selbst der Letzte der
Rechten in Kleinkindsdorf das weiß. Nach diesem Gadsangriff,
der Ueberrast, und während noch das Opfer zuckt, springt
die Presse schon in eine andere Melodie: „Entsetzlich, ent-
setzlich!“ „Schreien Lokalanzeiger“, „Zeit“, „Tägl. Rundschau“,
„Deutsche Tageszeitung“ usw.: „Wir mißbilligen politischen
Mord von jeder Seite.“ Doch schon ein leiser Unterton,
der bald lauter und lauter wird: „Da ist denn bewiesen,
daß dies Deutschnationaler Tat.“ Da stehen die Profobis-
tranten. Die Regierung erwacht für Minuten aus ihrer
Betäubung: Scharfe Gesetze sollen die Republik schützen. Die
Pinker erhoben Auflage gegen die Mörder. Da verhärtet
sich der Unterton: „Wir sind gegen solche Ausschreitungen“,
d. h. wir mißbilligen, daß man aufrichtig gegen den Mord
ist, daß man eine Klage eine Klage und die Deutschnationalen
Mörder nennt.

Die Mörder entkommen: „Gut“ gekannte Polizeiprä-
sidenten sorgen für „richtige“ Paplere. Die Technik hat sich
seit den Tagen des Oberleutnant Vogel sehr gehoben. Die
großen Ueberführten in den Zeitungen klagen ab. Die
Gesetze „zum Schutz der Republik“ werden von überzeugten
Antirepublikanern ihren Zwecken leicht dienlich gemacht.
Die Zeitungen sprechen gern wieder von den von „kommun-
istischen Ausland“ gedungenen Mördern: „Ein Deutscher
kann so etwas nicht tun.“ Die Stunde des nächsten Mordes
ist bald nahe.

Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs

Der Reichspräsident hat zu Mitgliedern des Staats-
gerichtshofs zum Schutze der Republik ernannt: den Senats-
präsidenten beim Reichsgericht Dr. Gagens als Vorsitzenden,
den württembergischen Abgeordneten, Vorstandsvorsitzenden
Fädel in Berlin-Grünau, Schriftleiter Erkelens in
Berlin-Baumgartenweg und Reichsanwalt a. D. Februn-
bach sowie die Reichsgerichtsräte Dahn und Dr. Baum-
garten. Als Stellvertreter sind ernannt: der Senats-
präsident beim Reichsgericht, Dr. Schmidt, die Reichs-
tagsabgeordneten, Reichsminister a. D. Wisseil, Ver-
bandsvorsitzender Brandes in Stuttgart und Schrift-

leiter Joss aus München-Gladbach, sowie der Reichs-
gerichtsrat Zeiler. Ferner sind als Stellvertreter ernannt
Mitglieder in Aussicht genommen der Universitätsprofessor van
Calker und der Reichsgerichtsrat Riedner; von beiden
ist jedoch eine Aeußerung, ob sie das Amt annehmen, noch
nicht eingegangen.

Gesetz zum Schutze der Republik.

Das Gesetz zum Schutze der Republik ist nunmehr im
Entwurf fertiggestellt. Der Reichsrat wird am Montag
darüber beraten und Beschluß fassen. Am Dienstag werden
die Fraktionen des Reichstages zum Gesetzentwurf Stellung
nehmen, während er dann am Mittwoch dem Plenum vor-
gelegt wird. Noch am Mittwoch abend soll der Entwurf der
Kommission überwiesen werden. Die Aussprache wird in-
dessen am Donnerstag im Plenum des Reichstages fort-
gesetzt.

Aufruf an das republikanische Volk!

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Die Gewerkschaften und die politischen Arbeiter-
parteien haben gemeinsame Forderungen für
ein Gesetz zum Schutze der deutschen Republik und für
politische Amnestie aufgestellt. Die Forderungen sind
beschränkt auf das Maß, das zur Sicherung der republi-
kanischen Staatseinrichtungen, zum Schutze der
Grundrechte des Volkes und zur endlichen Nieder-
kämpfung der Mordhege der monarchistischen und
nationalistischen Volksgegner unbedingt notwendig ist.

Die Massen des Volkes haben am letzten Dienstag
ihren Willen bekundet, in dem zur Erreichung dieses

am Dienstag, den 4. Juli

wiederum am nachmittag die Arbeit ruhen zu lassen

und in geschlossenen Massen auf Straßen und Plätzen
für unsere Forderungen zu demonstrieren.

Die örtlichen Leitungen der Gewerkschaften und der
drei Arbeiterparteien haben gemeinsam die nötigen
Maßnahmen zur Durchführung dieser wiederholten
Kundgebung des Volkswillens zu treffen. Hierbei
sind, um durch eine weitgehende Einheitslichkeit den
Eindruck zu verschärfen, die folgenden Richtlinien
zu beachten:

Die Arbeitsruhe tritt überall mit dem Schluß der
Vormittagsfrist, spätestens um 1 Uhr ein.
Die Belegschaften der Betriebe gehen in geschlossenen
Zügen nach den Demonstrationsplätzen. Um 3 Uhr
beginnen hier die Ansprachen der örtlich zu bestim-
menden Redner. Sie haben die von uns aufgestellten
Forderungen an die Regierung und den
Reichstag zu verlesen und eine Abstimmung der
Demonstranten über diese Forderungen herbeizu-
führen.

Unsere Forderungen sind deshalb örtlich vorher
in Massenaufzügen drucken zu lassen und bei
der Demonstration an jedermann zu ver-
teilen. Ihr Inhalt muß in die weitesten Kreise
des Volkes getragen werden.

Nach erfolgter Abstimmung sind die Demonstra-
nten je nach den örtlichen Verhältnissen und Möglich-
keiten in Marschzügen zu formieren, um an die
öffentlichen Versammlungen

streng geordnete Straßenzüge

anzuschließen zu lassen. Die Ordnung der Straßenzü-
ge obliegt den verantwortlichen örtlichen Lei-
tungen. Durch Aufstellung zuverlässiger Ordner
in ausreichender Zahl ist die Garantie dafür zu
schaffen, daß keine schädlichen Störungen
der öffentlichen Ordnung und des Verkehrs ein-
treten.

Raus mit den Fürsten!

München, 30. Juni.

Im Bayerischen Landtag brachte die Fraktion der Un-
abhängigen Sozialisten einen Antrag ein, der ver-
langt, daß 1. ein Reichsgesetz erwirkt wird, wonach die
männlichen Mitglieder sämtlicher ehemals herrschenden
Fürstenfamilien aus Deutschland ausgewiesen werden,
2. sämtliche männlichen Mitglieder der ehemals königlichen
Linie des Hauses Wittelsbach sofort aus Bayern aus-
gewiesen werden und, sofern sie wieder auf bayerischem
Boden ertappt werden sollten, mit Gefängnis von drei Mo-
naten bis zu fünf Jahren bestraft werden, 3. daß die Unter-
suchung über die Ermordung des Abgeordneten der U.S.P.
Garcis der Staatsanwaltschaft entzogen und einem zuver-
lässigen republikanisch gesinnten außerordentlichen Kommissar
übertragen werde.

Ziel des erforderlichen Kampfe ihre ganzen Kräfte ein-
zusetzen. Auch

die Gewerkschaften und die politischen Arbeiter-
parteien sind entschlossen vor keinem Widerstand
zurückzuweichen

Sie wissen, was sie angesichts der herrschenden Gefahr
der Arbeiterchaft und dem Volke schuldig sind. Das
Neuherste soll geschehen, um die aufgestellten
Forderungen zu verwirklichen.

Zu diesem Zwecke rufen wir das gesamte repu-
blikanische Volk und alle ernstgesinnten und
entschlossenen Republikaner im ganzen Reich hier-
mit auf

Die Stilllegung des Straßenbahn-
betriebes ist auf die Zeit von 1-5 Uhr, die der
Eisenbahnen einschließlich Hochbahnen
auf die Zeit von 3-3 1/2 Uhr zu beschränken.

In allen Fällen sind die zur Weiteraufnahme der
Betriebe und im öffentlichen Interesse erforderlichen
Notarbeiten auch während der Arbeitsruhe zu
verrichten. Um 6 Uhr abends finden die ges-
amten Demonstrationen ihr Ende. Die Straßenzü-
ge sind spätestens um 6 Uhr aufzulösen. In
Gasthausbetrieben usw. ist um diese Zeit die Arbeit
wieder aufzunehmen, in Betrieben mit regelmäßiger
Nachschicht zur üblichen Zeit.

Republikaner, Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Wir vertrauen darauf, daß ihr nicht nur in ver-
stärkten Scharen an dieser wiederholten Volks-
kundgebung teilnehmt, sondern durch ernstes und wür-
diges Auftreten auch hier den Erfolg sichern werdet.
Sollte auch diese neue Demonstration des Volkswillens
nicht zum schnellen Ziele führen, so werden wir
weitere Parolen folgen lassen.

Berlin, den 30. Juni 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:
Leipart Grafmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund:
Kufhäuser Euf Staehr.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Braun Wels.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Crispien Dittmann Ledebaur.

Kommunistische Partei Deutschlands:
Roenen Meyer.

Getreideumlage beschlossen

Der wochenlange parlamentarische Kampf um die Sicherstellung der Brotversorgung ist zu Ende. Noch nie ist ein Gesetzesentwurf so heftig bekämpft worden wie dieser. Die Agrarier und die unmitttelbar in ihrem Dienste stehenden Parteien — Deutschnationale und Deutsche Volkspartei — hatten alles aufgegeben, um ihn zu Fall zu bringen. „Wir haben die Macht, wir haben den Roggen!“ das war der Kampfschrei, mit dem sie die agrarische Bevölkerung aufhetzten und die Parteien und die Regierung auf die Knie zu zwingen suchten.

Sie ließen es aber nicht allein bei diesen Drohungen bewenden. Auch für den Fall, daß der Entwurf Gesetz würde, forderten sie zum Vorfahrtstreik auf. Diese in erster Linie von dem Reichslandbund getragene Agitation hat in allen bürgerlichen Parteien großen Einfluß ausgeübt. Zentrum und Demokraten waren anfänglich fast geschlossen gegen die Umlage, weil sie den Kampf mit ihren eigenen agrarischen Anhängern scheuten. Erst in der letzten Zeit ist unter dem Druck des von den sozialistischen Parteien entfalteten Widerstands gegen die schrankenlose Bucherwirtschaft diese Stimmung bei dem Zentrum und den Demokraten umgeschlagen.

Daß der Widerstand der Agrarier aber vollständig gebrochen wurde und die Massen einen wenn auch ungenügenden Schutz vor der Bucherwirtschaft haben, ist neben der neuen politischen Situation vor allem dem Widerstand der sozialistischen Parteien zu danken. Denn sie ließen keinen Zweifel daran, daß sie für eine freie Wirtschaft die politische Verantwortung nicht übernehmen würden.

Die Umlage, wie sie gestern in zweiter Lesung beschlossen wurde, ist genau wie im Vorjahre, eine Menge von 2,5 Millionen Tonnen. Für Roggen ist der Preis auf 6000 Mark die Tonne festgesetzt. Dieser Preis gilt nur für die ersten vier Monate des Erntejahres. Für die nächste Ablieferungsperiode werden die Preise von einem Ausschuss festgesetzt, der dabei aber die jetzt festgesetzten Preise als Grundlage für seine Preisermittlung benutzen muß.

An der Preisfrage und an der Höhe des Umlagebetrags drohten tagelang die Verhandlungen zu scheitern. Im Ausschuss war es dem Zentrum gelungen, für seinen Antrag eine Mehrheit zu finden, der einen Roggenpreis von 8000 Mark vorsah. Außerdem waren Bestrebungen im Gange, die bürgerlichen Parteien auch noch zu einer Ermäßigung der Umlagemenge unter 2,5 Mill. Tonnen zu bewegen.

Beide Absichten wurden durchkreuzt. Es gelang in zähem Ringen, den Preis von 8000 M. auf 6000 M. herabzudrücken. Gewiß sah der Antrag der sozialdemokratischen Parteien nur einen Preis von 6800 Mark die Tonne vor. Aber die bürgerlichen Parteien wollten auf diese Preisfestsetzung, die unter den Herstellungskosten liegt, nur einwilligen, wenn statt 2,5 Millionen nur 2,2 Millionen Tonnen von der Umlage erfaßt würden. Gerade aber das letztere war nicht nur für die sozialistischen Parteien wichtiger, sondern auch materiell viel wesentlicher. Denn dadurch erhält die Regierung die 2,5 Millionen Brotpreis nicht über Dreiviertel des Weltmarktpreises, so daß selbst wenn noch 2 Millionen Tonnen zu Weltmarktpreisen hinzugekauft werden müssen, der Brotpreis nicht über Dreiviertel des Weltmarktpreises heraufgehen wird.

Andererseits mußten die bürgerlichen Parteien sich auch dazu verstehen, den von unserer Partei gestellten Antrag anzunehmen, wonach die für die späteren Ablieferungsperioden festzusetzenden Preise auf der Grundlage des gegenwärtigen niedrigen Brotpreises errechnet werden muß. Ferner wurde durchgesetzt, daß der jetzt vom Reichstag beschlossene Preis nicht für drei Monate gilt, wie es der Ausschussbeschluss verlangte, sondern für vier Monate, also bis etwa zum Schluss des Kalenderjahres.

Mit diesem Kompromiss sind keineswegs alle Wünsche der sozialistischen Parteien und der Arbeiterschaft erfüllt. Erfüllt ist jedoch die einmütig beschlossene Forderung des Gewerkschaftskongresses, daß bei dem Umlagegetreide keine Konjunkturgewinne zugehandelt werden dürfen. Wenn der Brotpreis sich vom 1. August ab auf 25 bis 30 Mark stellen wird, so auch nicht wegen dieser Erhöhung der Umlagepreise, sondern wegen der ungeheueren Steigerung der freien Weltmarktpreise und des Fortfalls der Reichszuschüsse. Seit dem vergangenen Jahr ist der Weltmarktpreis für Getreide auf etwa das Vierfache gestiegen. Die Reichszuschüsse aber waren bisher schon nur eine vorgeläufigte Verbilligung des Preises. Denn wer hat die dafür ausgegebenen Milliarden anders aufgebracht als die Lohn- und Gehaltsempfänger?

Unter dem Druck der politischen Situation und der Drohung mit der Reichstagsauflösung haben die beiden bürgerlichen Koalitionsparteien sich nicht nur dazu verstehen müssen, die Umlage an sich zu beschließen, sondern auch an ihrer alten Höhe festzuhalten und in der Preisfrage sehr wesentliche Zugeständnisse zu machen. Der Unterschied zwischen dem Zentrumsantrag und dem sozialistischen Antrag verringerte sich so, daß eine Reichstagsauflösung nur deswegen kaum das wünschenswerte Ergebnis erzielt hätte. Da Reichstagsauflösung aber auch bedeutet hätte Gefährdung des Gesetzes zum Schutze der Republik, so standen diesem Ausweg ernste und beachtenswerte Bedenken gegenüber.

Selbst den Kommunisten scheinen diese Bedenken eingeleuchtet zu haben. Denn im Gegensatz zu früheren Gelegenheiten hat diesmal ihr Sprecher Koenen sich einer sehr vorsichtigen Volemik bedient. Wenn er trotzdem die Sozialdemokratische Partei und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei angriff, so hatte er gerade nach dem von seiner Fraktion gestellten Antrag dazu keine Berechtigung. Der kommunistische Antrag verzichtet nämlich überhaupt darauf,

jezt die Preisfestsetzung vorzunehmen, wodurch die Regierung und der Preisausschuss völlig freie Hand gehabt hätte, unabhängig von dem politischen Druck die Preise beliebig hoch festzusetzen. Gerade das hat die U.S.P. verhindert, da sie von Anfang an erklärt hat, daß keine Umlage ihre Zustimmung finden werde, die nicht jetzt den Preis festsetze. Daß das erreicht worden ist, ist außerordentlich wichtig. Aber selbst ohne diesen Mangel würde der kommunistische Antrag unannehmbar sein, weil er dem einzusetzenden Ausschuss einen ziemlich weiten Spielraum läßt und auch nicht die künftige Preissteigerung verhindert hätte.

Hält man sich dieses Ergebnis vor Augen, so kann nicht bestritten werden, daß den Agrariern eine Niederlage bereitet worden ist. Sie haben weder ihre Absicht durchgesetzt, die Umlage überhaupt zu Fall zu bringen, noch die Herabsetzung der Menge erreicht und ebensowenig ihre Absicht, auch bei dem Umlagegetreide Konjunkturgewinne zu machen.

Weitere wichtige Festnahmen

Berlin, 30. Juni (Nachrichtl.).

Die fortgesetzten Ermittlungen der politischen Berliner Polizei in der Nordische Rathenau führen einer immer größeren Zahl von Mitwissern und Teilnehmern auf die Spur.

Bereits am Anfang der Woche stellte die Berliner Polizei fest, daß Eigentümer des zur Nordische Rathenau gehörenden Mercedeswagens, der zu Freiberg in Sachsen wohnhafte Fabrikbesitzer Johannes Küchenmeister ist und daß er sich zur Zeit des Mordes nicht an seinem Wohnort aufhalten hatte.

Im Zusammenwirken mit der Polizei in Dresden und Freiberg stellten die nach Sachsen entsandenen Berliner Beamten fest, daß K. sich nach dem Mord kurze Zeit wieder in Freiberg aufgehalten und von dort am 27. abends nach Bernau in Ostpreußen oder Dessau in Tirol begeben hatte.

Auf Grund dieser Feststellung wurde von Berlin aus sofort die Münchener Polizei von dem vorläufiglichen Aufenthalt des K. benachrichtigt und gebeten, seine Festnahme in Bernau oder Dessau zu veranlassen. Heute vormittag ist daraufhin in Berlin telefonisch von der Polizeidirektion München die Meldung eingegangen, daß K. heute morgen um 9 Uhr in Dessau verhaftet und in das Bezirksgericht Sitz überführt ist, und daß seitens der sächsischen Behörden ein Auslieferungsantrag entgegengelesen wird. K. gehört rechtsradikalen Kreisen an und ist Mitglied des deutschvölkischen Schutz und Trutzbundes.

Zu den neuerdings festgenommenen Mitwissern bzw. Teilnehmern an der Nordische Rathenau gehört auch der von der Steinerer Polizei ermittelte Kaufmann Werner Böh. Auch dessen Teilnahme an der Nordische Rathenau hatte die Polizei bereits Anfang der Woche festgestellt und ermittelte, daß er sich am Tage nach dem Mord nach Ahlbeck begeben hatte. Daraufhin wurden von Berlin aus die Ahlbecker Polizeibehörde und das Gabelpolizeiamt in Stettin auf Böh unter genauer Personalbeschreibung aufmerksam gemacht und um seine Festnahme ermahnt. Auf Grund dieses Erlasses ermittelten Steinerer Polizeibeamte Böh und nahmen ihn fest.

Böh wird im Laufe des heutigen Tages nach Berlin gebracht. Er ist von Bernau Scemann und gehört ebenfalls rechtsradikalen Kreisen an.

In Hirschberg in Schlesien wurde der Ingenieurleutnant von Bahndorf, der in der Maschinenbau-A.G. Starke u. Hoffmann tätig ist, unter dem dingenden Verdacht der Mitwisserschaft bei der Ermordung Rathenaus verhaftet. Von Bahndorf gehört der Organisation K.O.S. an. Am Freitag voriger Woche war er nach Berlin gefahren und ist am Sonntag wieder zurückgekehrt.

In Düsseldorf ist der bei den „Böhmischen Werten“ in Düsseldorf-Obercassel angehüllte Ingenieur Kaueris unter dem Verdacht der Mitwisserschaft an dem Mord Rathenaus verhaftet worden. Am Tage der Nordische Rathenau war er nicht in Düsseldorf. Ob der Verdacht begründet ist, steht noch dahin. Auf jeden Fall aber gehört Kaueris der Geheimorganisation O. an.

Auch Küchenmeisters Bruder verhaftet.

Nicht nur Johannes Küchenmeister, der Besitzer des Automobils, das die Mörder bei der Verfolgung Rathenaus benutzten, ist in Dessau genommen worden, sondern auch sein Bruder Fritz Küchenmeister, der mit ihm zusammen in Freiberg eine Maschinenfabrik betreibt. Johannes Küchenmeister, der Besitzer von zwei Personenautomobilen, hatte wiederholt die Garage von Schütz u. Diesel in Schmargendorf benützt, wenn er mit seinem Automobil nach Berlin gekommen war. Als die Beamten in der Garage das Mordauto fanden und Schütz und Diesel ihre Angestellten verhörten, fiel dabei auch der Name Küchenmeister. Es wurde dann festgestellt, daß der Wagen nach Freiberg gehörte. Dort wurde Johannes Küchenmeister als Besitzer des Wagens ermittelt. Kriminalbeamte führten sofort nach Freiberg, trafen aber Johannes Küchenmeister nicht an, sondern nur seinen Bruder Fritz, der behauptete, nicht zu wissen, wann, wohin und zu welchem Zweck das Auto seines Bruders ausgefahren sei. Nicht lange vor der Ankunft der Beamten war Johannes Küchenmeister abends um 8 Uhr von Freiberg abgereist und hatte hinterlassen, er werde nach Tirol fahren. Bald war sein Aufenthalt in Tirol ermittelt. Um zu verhindern, daß Fritz Küchenmeister seinen Bruder in irgendeiner Form verhandelt, wurde auch Fritz verhaftet und nach Berlin gebracht. Wie die Beamten in Ermärung gebracht haben, hatte Johannes Küchenmeister einem seiner Chauffeurs in der Woche vor der Nordische Rathenau seinen Führerschein mit der Begründung weggenommen, ein „Schulze“ von ihm wolle eine Probefahrt mit dem Wagen machen. Der „Schulze“ und Küchenmeister führten weg, und erst nach der Ermordung Rathenaus kehrte dann Küchenmeister ohne Wagen nach Freiberg zurück.

Tschows Bekenntnis

Die Vernehmung Ernst Werner Tschows, der das Auto der Mörder gefahren hat, wurde gestern früh fortgesetzt. (Ueber den Anfang der Vernehmung haben wir in der gestrigen Ausgabe der „Freiheit“ berichtet.) Anfänglich stellte sich Tschow unwillig und beschränkte seine Aussagen auf die mit anderen Mitgliedern der Organisation O vorher zurechtgelegten Darstellungen. Hatte ihn aber schon die Gegenüberstellung mit anderen Zeugen, wie der Pensionswirtin, unsicher gemacht, so brach er völlig zusammen, als sein älterer Bruder Günther, der, beiläufig bemerkt, mit den nationalistischen Geheimorganisationen absolut nichts zu tun hat, sondern pazifistische Auffassungen hat, und seine

Belagte Mutter ihm gegenüber gestellt wurden. Namentlich seine Mutter hat ihn eindringlich, der Wahrheit die Ehre zu geben. Unter Tränen gestand dann Tschow, daß er, nachdem er das Auto aus der Garage geholt hatte, Fischer und Kaueris an einer verabredeten Stelle angekommen habe. Mit der höchsten Geschwindigkeit fuhren sie dann nach der Nordische. Nach der Tat hatte er kurz vor dem Bismarckplatz eine Panne, die aber bald behoben war. Und am Abend nach der Tat trafen sich die drei Mordgefallen in einem Lokal am Zoo und zechten. Dann trennten sie sich. Am folgenden Tage ist Tschow nach Halle gefahren. Wohin sich die beiden anderen gewandt haben, will er angeblich nicht wissen.

Noch mehr Morde geplant

Hamburg, den 30. Juni.

Die verschiedenen Dynamitanschläge gegen die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ sind von einer Geheimorganisation ausgeführt worden, an deren Spitze der ehemalige Offizier Warnike steht. Warnike wurde verhaftet. In seiner Wohnung wurde eine Menge Material beschlagnahmt, das auf das Befolgen der geheimen Organisation ein bezichtigendes Licht wirft. Man fand nicht nur den Entwurf zu einem Fahnenwimpel, Warnike Hamburg Offizierskompanie K II, Marinebrigade E (Schhardt?), sondern auch einen Brief an den Kapitänleutnant von Killinger. Die Abteilung Warnike war in die Organisation O eingegliedert, der auch ein Spreng- und Nordkommando zur Befestigung politischer Persönlichkeiten angehörte. Mitglieder dieses Spreng- und Nordkommandos waren auch die von der Berliner Polizei festgestellten Mörder Rathenaus. Aber nicht nur Rathenau sollte beseitigt werden, sondern auch Theodor Wolff vom „Berliner Tageblatt“ und der Hamburger Bankier Max Warburg. Der mit Warnike verhaftete Privatdetektiv Niedrig war als Chauffeur für das Automobil vorgesehen, das die Mörder bei dem Anschlag auf Rathenau benutzten. Ferner wurde festgestellt, daß der Anschlag auf Scheidemann von den gleichen Kreisen ausgeführt worden ist. Ein Bruder des Kapitänleutnants Killinger, ein gewisser Erich Killinger, unterhielt in Hamburg ein Nachrichtenbüro, das Spitzelberichte anfertigte. Er soll auch mit der Organisation O in Verbindung gestanden haben. Kürzlich ist er aus Hamburg verschwunden und hat sich wahrscheinlich nach Berlin gewandt.

Ein Nordbube Ludendorffs Sekretär

Die enge Verbindung zwischen den Nordkommandos der Organisation O und den deutschnationalen Führern und ihren Organen, namentlich aber mit dem Nationalisten-Heros Ludendorff wird in einer Zuschrift dargelegt, die dem „Vorwärts“ von unterrichteter Seite zuzug. Die Zuschrift lautet:

Mit der Verhaftung des Mördergehilfen sub. jur. Willh. Günther, wohnhaft bei seinen Eltern in der Kogelstraße 84b, ist es der Kriminalpolizei der Abteilung Ia gelungen, die Namen der an der Nordische an dem Minister Rathenau Beteiligten festzustellen und sie teilweise zu verhaften. Wir sind in der Lage, das Geständnis bzw. die bisherigen Ermittlungen der Polizei soweit zu ergänzen, daß sich daraus ein klares Bild über den Nordkomplex Günther ergibt. Günther, der zwar sub. jur. ist und an der Friedrich-Wilhelm-Universität immatrikuliert ist, hat den Hochschul in den 9 Semestern seines Studiums höchstens dreimal gesehen. Seine ganze Zeit verwendete er darauf, wie er sich gegenüber ausdrückt, um der „nationalen Sache“ zu dienen. Er ist während des Krieges als Freiwilliger bei dem Düsseldorf-Ulanenregiment eingetreten, wurde jedoch wegen seiner schlechten militärischen Verwendbarkeit zu einem Trainebataillon abgeschoben. Er ist nach der Revolution als Unteroffizier entlassen worden. Von dieser Zeit an suchte er Anschluss an ehemalige Größen des kaiserlichen Regimes. So wurde er Privatsekretär des Generals Ludendorff,

dessen rechte Hand er sozusagen war und dessen Vertrauter auch noch heute ist. Ferner verkehrte er in den ersten Kreisen der nationalen Bewegung. Er ging ein und aus bei den Vizeadmiralen v. Stumm und v. Knorr und stand in enger Verbindung mit dem ehemaligen Finanzminister

Gelsserich, dem Kappisten v. Jagow, Westarp und Konfort. Seine Verbindungen gingen soweit, daß er allen führenden Reaktionsären und hauptsächlich in Bayern bekannt war. Er gehörte fast allen reaktionären Studentengruppen an sowie den geheimen militärischen Formationen, als deren Geheimkurier er Deutschland kreuz und quer bereiste.

Bei den Kämpfen in Oberschlesien hielt er sich bei dem dort bestehenden Selbstschutz auf und verfügte über eine Anzahl falscher Pässe, die ihn als geborenen Oberschlesier hinstellten — in Wirklichkeit ist er in Berlin geboren. Vor einiger Zeit gründete er den „deutschen Studentendienst“, der den Zweck haben sollte, unbemittelten „nationalglühenden“ Studierenden Unterstützung finanzieller Art angedeihen zu lassen.

Es wurde ein Büro in den Räumen der „Deutschen Tageszeitung“ eingerichtet (1) und Günther übernahm mit einem jetzt ebenfalls unter dem Verdacht der Beihilfe zum Rathenau-Mord verhafteten Volkig die Leitung dieses Dienstes. Nebenbei war er

Mitarbeiter an der „Deutschen Tageszeitung“. Die ihm zur Verfügung stehenden Räume wurden ihm später entzogen, da sich herausstellte, daß er unbefugterweise Kopfformulare der „Deutschen Tageszeitung“ benutzte, um bei Agrariern und in Aristokratenkreisen Gelder für seine Zwecke zu erhalten, die ihm auch reichlich zufließen, und die er mit seinen Kumpanen in Wein, Wägen u. dgl. anlegte.

Damit erlosch jedoch keineswegs seine Mitarbeit bei diesem Agrarierblatt. Er ist bis zu seiner Verhaftung Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“ gewesen.

Lohnkampf im Berliner Zeitungsgewerbe

Im Laufe des gestrigen Tages setzte im Berliner Zeitungsgewerbe ein Lohnkampf ein, von dem sämtliche bürgerlichen Zeitungsdruckereien, aber auch einige andere Privatdruckereien betroffen sind. Demzufolge erscheinen nur die drei sozialistischen Zeitungen „Freiheit“, der „Vorwärts“ und die „Rote Fahne“ und das Siegerwald-Organ „Der Deutsche“. Ein Teil des technischen Personals, Setzer und Maschinenmeister forderten Lohnzulagen in angemessener Höhe. Die Forderungen wurden jedoch von den Verlegern mit dem Hinweis abgelehnt, daß außertarifliche Zulagen werden im Laufe des heutigen Tages zur Lage Stellung nehmen, ebenso auch die Arbeitgeber im Buchdruckgewerbe. Von dem Ausgange der Verhandlungen wird es abhängen, ob der Kampf im Zeitungsgewerbe größere Formen annehmen wird.

11. Gewerkschaftskongress in Leipzig

Wir bringen nachfolgend den Bericht über den 8. Verhandlungstag des Gewerkschaftskongresses, welcher am 1. und 2. Juli in Leipzig stattfand, infolge der wichtigen politischen Ereignisse, die sich ereigneten, unterbrochen zu werden.

Leipzig, 28. Juni

(Eigenbericht)

Fünfter Verhandlungstag.

Die große Ueberraschung des Areitags bildete das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über einen vorliegenden Antrag, der den

Eintritt aus den Arbeitsgemeinschaften
fordert. Sie ergab eine Konakmehrheit für den Antrag, und zwar 345 gegen 327 Stimmen. Berücksichtigt man aber die von den Delegierten vertretene Mitglieberschaft, die allerdings nur eine zufällige ist, so verliert sich das Verhältnis, denn auf die 345 Delegierten, welche für den Eintritt stimmten, entfallen 3582 1/2, auf die 327 Delegierten, die die Resolution ablehnten, dagegen 3809 2/3 Mitglieberschaft. Dieses Resultat verleiht die Konakmehrheit in sachliche Verlegenheit. Wenigstens erklärte der Vorsitzende Paplow, daß der Vorstand mit diesem Abstimmungsergebnis nicht anzufahren wisse, und berief sofort den Bundesvorstand und Bundesauschuss zu einer Sitzung zusammen.

(Schluß der Vormittungssitzung.)

Zu Punkt 4 der Tagesordnung
Organisation und Methoden der Gewerkschaftsbewegung
spricht Tarnow. Er weist einleitend auf das Erhalten der Gewerkschaften in den letzten Jahren hin. Die wirtschaftlichen Verhältnisse hätten sich grundlegend geändert. Seit davon entfernt, die Anarcho-wirtschaft im Kriege etwa für Sozialismus zu halten, müsse doch ausgegeben werden, daß sie von unumwählender Bedeutung infolge sei, als durch sie der Grundlag Anerkennung gefunden habe, daß die Wirtschaft nicht dem Interesse Privater überlassen bleiben dürfe. Durch die politische Demokratie hätte sich die deutsche Arbeiterchaft mit einem Sprunge Einflußmöglichkeiten geschaffen, um die sie jahrzehntelange gekämpft habe. Es habe sich die Auffassung herausgebildet, daß der KONGRESS die Aufgabe sei, die sich auch für politische Forderungen einzuweisen wolle. Redner verneint, daß ein Zusammenstoß zu politischem Handeln ein Plus für die Arbeiterchaft darstellen würde. Es würde dadurch die gewerkschaftliche Einheit gefährdet.

Die Forderung nach

Schaffung von Industrieverbänden

sei keine neue Forderung. Die Revolution hätte aber ihre Bedeutung geändert. Auch meine man heute damit etwas anders wie früher. Man verlange heute, daß der Arbeitsplan für die Organisationswahl entscheidend werde. Durch die neue Organisationsform würden die bisherigen Grenzkonflikte unter den einzelnen Gewerkschaften nicht verschwinden. Die Schwierigkeit bestimme mit der Zusammenfassung der einzelnen Betriebe. Es gäbe hauptsächlich zwei sich widersprechende Prinzipien, nach denen die Bildung von Industrieverbänden erfolgen solle. Das eine Prinzip ginge von der horizontalen, das andere von der vertikalen Gliederung der Industrien aus. Die Bildung neuer Organisationsformen ginge nicht so leicht, als es sich viele wohl vorstellen. Schon deswegen, weil auch im Konzentrationsprozeß selbst verschiedene Tendenzen zum Ausdruck kommen. Die heutige Abgrenzung nach Berufsständen das Mutterorganisationsprinzip Gleichheit. Wichtig ist eine Besserung des Verhältnisses zwischen Organisierten und Unorganisierten.

Insbesondere sei, daß bei der neuen Organisationsform, insbesondere im Falle von Lohnstreikaktionen, manche heute bestehenden Schwierigkeiten beseitigt würden. Eine Stärkung der Disziplin würde solche Schwierigkeiten auch bei der letzten Organisationsform beseitigen.

Die Berufssolidarität spiele ebenfalls eine Rolle. Es gäbe viele Berufsfragen, die eine gewerkschaftliche Behandlung erfordern. Die Gewerkschaftsbewegung sei in der letzten Organisationsform auch nicht erkrankt, sondern von frischem Leben erfüllt. Ich bin der Auffassung, so schließt Tarnow, daß die Gewerkschaftsmethoden durch die Entwicklung und nicht durch eine bloße Theorie bestimmt werden. Die zur Frage stehende

Entscheidung ist von großer Wichtigkeit. Wären möchte ich vor der Auffassung man könne durch Mehrheitsentschlüsse zur Auflösung oder Abgrenzungen von Verbänden kommen. Der Weg darf nur in der organischen Entwicklung, keinesfalls im Zwange liegen. (Beifall.)

(Nachmittags vom 28. Juni.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung rief Paplow eine beleidigende Aeußerung des rechtssozialistischen Organisationsgenossen den Gen. Simon und hielt sie richtig.

Genosse Simon teilt mit, daß der Präsident des Kongresses heute abend Mitteilung gab, daß das Arbeitszeit- und Arbeitsnachweisgesetz morgen zur Tagesordnung steht. Simon bittet die Konakmehrheit, sofort telegraphisch gegen die Annahme solch wichtiger Sozialgesetze während der Tagung des Kongresses Protest einzulegen.

Korreferat zur Frage der Industrieverbände

erhält Genosse Dismann.
Die zu treffende Entscheidung ist für das Gewerkschaftsleben der Zukunft von höchster Bedeutung. Es ist in der Debatte des Hieren auf die historische Entwicklung eingewiesen worden. Redner entwirft ein Bild von der Entwicklung der Gewerkschaft. Im allgemeinen kann man sagen, daß der Charakter der Berufsorganisationsorganisationen erhalten blieb. Ein Abweichen davon ist bereits im Metallarbeiterverband und in anderen Verbänden beobachtet. Wie steht es mit der ökonomischen Entwicklung? Seit den vier Jahren ist Deutschland aus einem Staat mit einer sehr hoch entwickelten Industrie zu einem Staat geworden. Nun liegt man hier: Der Kleinbetrieb hat sich vermehrt. Aber rein ziffernmäßig nach Betrieben läßt sich das nicht feststellen, und die Statistiken zeigen uns, daß die überwiegende Zahl der Arbeiterchaft in der Großindustrie beschäftigt ist und das Handwerk immer mehr aufzulösen wird. Selbst in den Industrien, in denen das Handwerk noch zahlreich ist, hat das Handwerk keine wirkliche Selbstständigkeit mehr, sondern ist finanziell vollständig abhängig vom Großkapital.

Dagegen ist im Bergbau, in der Metallindustrie, Textilindustrie, Lederindustrie, im Verkehr, Transportgewerbe, in der gemischten Industrie die Linie der Entwicklung durchaus auf Konzentration zulauend. Die Entwicklungslinie ist ferner so, daß die einzelnen Unternehmungen die verschiedensten Berufe beschäftigen.

Der Kriege hat in einer Reihe von Industrien unachtere Gewinne gebracht. In den letzten Jahren tritt die Bildung von Konzernen auf. Die eragende Industrie baut sich ihre Organisation bis zur Fertigungsindustrie und dem Transport aus. Durch die Konzernbildung haben die Industrieherbände die Hand auf die ganze Wirtschaft und den Staat gelegt. Was haben diesen allgemeinen Entwicklungslinien gegenüber die Arbeiter getan, um in den Gewerkschaftsorganisationen ihnen Rechnung zu leisten? Nichts ist geschehen, während das Kapital in rasendem Tempo seine Organisationen aufbaut. Es sind gewerkschaftliche Notwendigkeiten, die zur Konzentration zwingen. Neben 13 bis 14 anderen Organisationen finden wir die Tatsache, daß neben diesen, die 1/2 vertreten, 10 bis 15 Organisationen das restliche 1/2 vertreten. Ist es nicht traurig, daß sich die Berufe nicht nur mit den organischen Organisationen beraubt haben müssen, sondern auch mit einem ganzen Teil freigewerkschaftlicher Organisationen? Das die Heiser und Maschiniker ihre Berufskollegen organisieren müssen, ist kein gesunder Zustand. Ebenso geht es in der Metallindustrie, in der sich etwa ein Dutzend Organisationen begehen. Wieviel Wirksamkeit und Kraftverwendung liegt darin, daß im selben Betrieb sich zugleich ein Dutzend Organisationen bemühen müssen.

Wir wollen Ordnung bei uns und sind bereit, auch ihnen die Hand dazu zu bieten. Wenn wir heute an Tarifverhandlungen kommen, haben wir das Bild: Der Unternehmer steht allein, ebenso die Unternehmerorganisation, wir kommen aber mit 4, 6, 8, 10 Organisationen. Glauben Sie, daß dies den Reiz der Unternehmer vor uns erhöht? Ich kenne niemand an, es liegt im System. Glaubt jemand, daß die Einheitslichkeit des Kampfes dadurch gefördert wird, wenn ein Dutzend Organisationen beteiligt sind?

Kollege Tarnow sprach von wilden Beweissagen der

letzten Zeit. Ich bestritte nicht, daß dies auch bei Industrieorganisationen zu vermeiden gewesen wäre, aber mancher Nachsprung wäre doch vielleicht unterblieben. Wenn in jeder anderen Stadt und Provinz jeder Bezirksleiter Unausfahren muß, um Versammlungen abzuhalten, oft nur mit 10 bis 20 Mitglieberschaft, dann ist das eine unbillige Geld- und Kraftverwendung. Glaubt man, daß dies die Werbestraft der Gewerkschaften erhöht, wenn die Mitglieberschaft dies beobachtet? Man sagt, im Beruf liege der beste Zusammenhalt. Ich bestritte dies als allgemeine Linie. Dann ist die Kraft der Unaklernten eine viel zu gewaltige. Wenn man auf den häufigen Wechsel des Arbeitsplatzes hinweist, so ist darauf zu verweisen, daß heute dieser Wechsel viel seltener geschieht. Der Uebertritt aber vollzieht sich bei den Verbleibenden 13 bis 14 Organisationen leicht. Das allgemeine Solidaritätsgefühl der Arbeiterchaft ist sehr erloscht.

Auch der Verhinsfrage kann im Industrieverband dieselbe Pflege zuteil werden, in manchen Großbetrieben haben wir viel bessere Verhinsverhältnisse als bei kleinen Betrieben.

Wer ist im Kampf leistungsfähiger, der große Industrie- oder der Berufsverband? Tarnow w schrieb dem letzten mehr Beweissagen zu. Aber wenn man den Industrieverband planmäßig gliedert in Fach- und Berufsgruppen, dann ist das Argument Tarnows hinfällig. Ich habe Sie ein, ich durch Beschäftigung unserer Stuttgarter Kontrolle davon an überzeugen.

Auch die

die Aufgaben der Betriebsräte

können nur gefördert werden auf der Grundlage der Industrieverbände. Das alle auch für die Bearbeitung von Wirtschaftsfragen.

Wie wird es der einzelnen Organisation bei Bildung von Industrieverbänden ergehen? Man sagt, wir wollten die ganze geleistete Arbeit vernichten. Aber ist dem wirklich so? Die wertvollen Gewerkschaftskräfte bleiben doch. Wenn der Teil der in der Metallindustrie Beschäftigten heute zusammengefaßt wird, werden dann Kräfte vernichtet? Im Gegenteil, sie werden ihre Kräfte besser auswirken lassen können.

Man sagt der Einzelorganisation wird das Eigenleben genommen. Aber sind denn die Organisationen Selbstzweck oder nur Mittel zum Zweck? Ist es nicht besser, wenn die vorhandenen Kräfte einem anderen Kreis dienstbar gemacht werden bei dem notorischen Mangel an Kräften in der Arbeiterchaft. Auch der Fabrikarbeiterverband wird bei der Industrieorganisation nicht viel verlieren, sondern gewinnen durch die Einheit der Arbeit. Ich kann nicht leben, wie der Heiser- und Maschinikerverband bestehen bleiben soll; aber auch dessen Kräfte werden der Gesamtbewegung mehr nutzbar gemacht werden als heute, wo sie eine weitläufige Erdrückung der Kämpfe herbeiführen.

Tarnow hat einen Turmbau von Schwelergelassen aufgeführt. Aber die vielen Grenzstreifen, felsen von heute hören auf. Es kommt nur darauf an, von vornherein eine klare Abgrenzung der Industriezweige vorzunehmen.

Wenn wir heute den Beschluß fassen, dann wird uns die Masse dankbar sein, daß wir einen Schritt vorwärts in der Entwicklung getan haben. Die Verhältnisse zwingen uns, den vorerwähnten Weg zu beschreiten, seien wir uns der uns gestellten Aufgabe gewachsen. (Vorbereitender Beifall.)

Der Bericht der Redaktionskommission

wird von Sorebera gehalten. Er schloß vor, den Berufsverbänden, welche die Industrieverbände ablehnen, verlängerte Redezzeit zu gewähren. Redner schloß vor, auch die Anträge über die Technische Nothilfe für erledigt zu erklären. Die Technische Nothilfe hat sich zu einer Gefahr für unsere Bewegung entwickelt. Die Kommission reist an, daß der Kongress sich einmütig gegen die Technische Nothilfe wenden müsse.

Auf Vorschlag Wälders wird beschlossen, die Frage der Industrieverbände von der Frage des Streikentzemes abzuhängen, ferner auf Vorschlag Dufemans sowedesleud einen Redner gegen einen anderen für die Industrieverbände vordringen zu lassen.

Schönfelder (Bertr. d. Berufsverbände) spricht gegen die Industrieverbände. Die Resolution Dismanns stehe im Widerspruch zur organischen Entwicklung. Man soll das berufliche Zusammengehörigkeitsgefühl nicht untergraben. Die Resolution treffe während in den Entwick-

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Einige autorisierte Uebersetzung von Rudolf Söllz, Literarischer Supervisor 1919 in Berlin & Co., Berlin. (101. Fortsetzung.)

Unter allen „Buchbauern“ hatte mir am besten die Gestalt des Peter in Pissewski's „Zimmermannsbund“ gefallen. Ich brachte das Buch nach dem Jahrmarkt, um es meinen Freunden dort vorzulesen — öfters nämlich blieb ich, wenn ich allzu sehr ermüdet war, oder wenn es stark regnete, bei der einen oder anderen Arbeitergruppe über Nacht. Als ich erzählte, daß es ein Buch von den Zimmerleuten gäbe, und daß ich es besäße, horchten alle, namentlich Dsipp, hoch auf. Er nahm es mir aus der Hand, begann darin zu blättern und schüttelte misstrauisch seinen Kopf, der mich an den Kopf eines Heiligen erinnerte.

„So, so, von den Zimmerleuten!“ jagte er. „Das sie gerade über uns schreiben, die Schelme! Wer hat es denn geschrieben — einer von den Herren? Hab' mir's wohl gedacht! Die Herren und die Beamten, ja, die sind zu allem fähig. Was selbst dem lieben Gott entgeht, das schmückt dir sicher der Beamte aus. Zu schwarz sind die Burschen auf sowas...“

„Sprich nicht so unvorsichtig vom Herrgott, Dsipp!“ wies Peter ihn zurecht.

„Hat nichts zu bedeuten. Für den lieben Gott hat mein Wort weniger zu sagen als 'ne Schneeflocke oder ein Regentropfen für meinen Glaskopf. Wir beide, sag' ich dir, reichen an Gott nicht heran...“

Er wurde plötzlich von einer spielerischen Unruhe ergriffen, warf, gleich einem funkenprägenden Feuerstein, wichtige Worte nach allen Seiten und schnitt jeden Widerspruch wie mit einer Schere ab. Ein paarmal im Laufe des Tages fragte er:

„Na, Maximytich, wir wollen also lesen? Das ist 'ne Sache, ja! Sehr schön ausgedacht!“

Nach Feierabend begaben wir uns nach dem Quartier, in dem seine Leute nächtigten. Auch Peter mit seinem Gehilfen Ardalion und Shishlin mit einem

jungen Burschen namens Joma fanden sich dort ein. In dem Schuppen, der den Zimmerleuten als Schlafraum diente, wurde die Lampe angezündet, und ich begann zu lesen. Schweigend, ohne sich zu rühren, hörte man mir zu, bald jedoch sagte Ardalion mürrisch:

„Na, ich hab' genug!“

Und er entfernte sich. Zuerst schloß dann Grigorij ein, mit offenem Munde, als sei er über etwas erstaunt; nach ihm verließen auch die Zimmerleute in Schlummer — nur Peter, Dsipp und Joma, die näher an mich herangerückt waren, hörten aufmerksam zu.

Als ich zu Ende war, löschte Dsipp sogleich die Lampe aus — nach dem Stande der Sterne war es bereits gegen Mitternacht.

„Wozu ist das nun geschrieben? Gegen wen?“ fragte Peter aus dem Nachdunkel.

„Ich sage: gegen wen ist das geschrieben?“ wiederholte Peter nochmals dringend.

„Sie wissen schon, gegen wen sie schreiben,“ erwiderte Dsipp, während er sich auf seinem Schlafgestell das Lager zurecht machte.

„Wenn's gegen die Stiefmütter gerichtet ist, dann ist's ganz überflüssig,“ fuhr der Maurer harinädig fort, „die Stiefmütter werden davon nicht besser. Und wenn's gegen Peter ist, hat es auch keinen Zweck: sein ist die Sünde, so muß er sie auch verantworten. Auf Totschlag steht Sibirien, da gibt's keine Widerrede. Das Buch kann da nichts ändern, bei solch einer Sünde. Ist's nicht so?“

Dsipp schwieg. Der Maurer aber fuhr fort:

Haben nichts zu tun, da stecken sie die Nase in fremde Angelegenheiten. Wie die Weiber, wenn sie am Abend zusammenhocken. Gute Nacht... ich geh' schlafen...“

Einen Augenblick blieb er in dem dunkelblauen Rechte der Türöffnung stehen und fragte:

„Schläfst du schon, Dsipp? Wie denkst du über die Sache?“

„Hä?“ ließ der Zimmerman sich schlaftrunken vernehmen.

„Na, gut, dann schlaf' nur,“ sprach der Maurer und

entfernte sich. Shishlin hatte sich dort, wo er gesessen, lang hingestreckt. Joma legte sich auf das zerknüllte Stroh an meiner Seite. Die Vorstadt schlief, aus der Ferne ertönte das Pfeifen der Dampfboote, das dumpfe Rauschen der anheulenden Räder, der Zusammenprall der Puffer. Die Schläfer in den Schuppen schnarchten in allen Tonarten. Ich war unzufrieden, enttäuscht — ich hatte irgendeinen Meinungsaustausch erwartet, und nun schliefen alle...“

Plötzlich jedoch nahm Dsipp leise, mit scharfer Betonung, das Wort:

„Hört mal, Jungs,“ sprach er zu mir und Joma, „glaubt an all diesen Kräm nicht! Ihr seid jung und habt das Leben noch vor euch, haltet nur selbst die Augen offen! Eigener Witz — ist doppelt nützlich, ist immer besser als fremder. Schläfst du, Joma?“

„Nein,“ ließ sich Joma lebhaft vernehmen.

„So, so! Ihr beide könnt lesen, so lest nun immerzu, aber glaubt nicht, was ihr lest! Die schreiben alles mögliche zusammen, haben das ganz in ihrer Hand.“

Er richtete sich auf, hing die Beine über das Bettgestell, stützte die Hände auf das Randbrett und fuhr, zu uns vorgeneigt, fort:

„Wie soll man so ein Buch auffassen? Eine Anzeige ist's, eine Beleidigung gegen die Menschen! Seht her, will es sagen, so ist der Mensch, der Zimmermann oder sonst wer, der Herr aber — der ist ganz anderer Art! Ein Buch wird nicht zwecklos geschrieben, sondern zu irgendwelchen Verteidigung...“

„Peter hat recht daran getan, den Unternehmer zu töten,“ sagte Joma mit seiner tiefen Stimme.

„Nun, das ist wohl nicht an dem — einen Menschen zu töten, ist niemals recht. Ich weiß, du stehst mit deinem Grigorij nicht gut, laß lieber ab von solchen Gedanken! Wir sind alle miteinander keine reichen Leute, heute bin ich dein Brotgeber, morgen bin ich selbst wieder Arbeiter...“

„Ich rede nicht von dir, Onkel Dsipp...“

„Ist alles eins, mein Junge...“

„Du bist wenigstens gerecht...“

(Fortsetzung folgt.)

lungsspross ein, während die Resolution Tarnow den rühmlichen Weg weist.

Danzmann (Met. Verb., R. V.): Es sind ungelunde Zustände, daß in einem einzigen Betriebe heute Angehörige von 30 und gar 40 Organisationen arbeiten. Im Metallarbeiterstreik haben wir diesen Uebelstand sehr zum Schaden der Bewegung empfunden. Die großen Organisationen sind auch kulturell viel leistungsfähiger als kleinere.

Ebel (Masch.): Die Resolution Ditzmann geht von falschen Voraussetzungen aus. Durch Konzentration kann man 30 Jahre hindurch bestehende Organisationen nicht aus der Mitte streichen. Die Unternehmer tragen den Berufsbeforderungen viel mehr Rechnung. Die von Ditzmann empfohlene Kur ist eine Kur nach dem Vorbilde des Doktor Eisenbart. (Lachen.) Ich befürchte, die Industrieverbände werden ein Sprengpulver gegen den Bundesvorstand.

Berner sprechen noch Schrader (Text.) für, Bren (Jahr.) gegen, Reichelt (Bundesvorstand) für die Industrieverbände. Reichelt erklärt, daß der Gewerkschaftsdonationsrat auch den Mut aufbringen müsse, einmal einen Schritt vorwärts zu gehen. Schlichting (Masch.) gegen, Schäfer (Transp.) für, Graumann (Bundesvorstand) gegen die Industrieverbände.

Am Mittwoch wird die Sitzung auf Sonnabend vormittag 9 Uhr verlegt.

(Den Schlussbericht vom Gewerkschaftsdonationsrat finden unsere Leser in der „Freiheit“ vom 27. Juni, Nr. 257.)

Groß-Berlin

Das Hauskonto

Ueber das nach dem Reichsmietengesetz einzurichtende Hauskonto für große Instandsetzungsarbeiten besteht in den Mieterkreisen noch harte Unklarheit. Genauere Information ist schon deshalb von Wert, weil unter Umständen der von dem einzelnen Mieter nur für diesen Zweck zu hinterlegende Betrag, namentlich in Häusern mit wenigen Mietern, mehrere Jahre hintereinander 500 M. oder noch mehr betragen kann und weil es hierüber voraussichtlich zu vielen Streitigkeiten kommen wird. Nach den Ausführungsbestimmungen des Gesetzes hat die Gemeinde zu entscheiden, ob in ihrem Bereiche Hauskonten einzuführen sind. Die meisten Gemeinden werden wohl bejahend beschließen. Die Höhe der Einzahlungen auf das Konto wird wieder nach Umständen zur Grundmiete festgesetzt. Der Sinn der Bestimmung ist nicht, daß nun, wenn beispielsweise in einem Jahre 12 000 M. für große Instandsetzungsarbeiten fällig, das Hauskonto angewendet werden, diese Summe im Laufe des gleichen Jahres aus dem Hauskonto gedeckt werden muß. Vielmehr soll das Hauskonto nur dazu dienen, das aufgewendete Kapital zu verzinsen und allmählich zu tilgen. Für leerstehende Räume, eigene Wohnung des Vermieters oder Verwalters, ferner für Wohnungen ohne Mietvertrag (Portier) hat auch der Hauswirt entsprechende Einzahlungen zum Hauskonto zu leisten. Die Gelder werden in gesparten Sparkassen oder Bankbüchern angelegt. Verfügung über die Gelder ohne Zustimmung der Mieter oder Mietervertretung ist nicht zulässig. Die auf Mitteln der Mieter vorzunehmenden großen Instandsetzungsarbeiten müssen notwendig sein. Wenn also ein Hauswirt zur Steigerung des Hauswertes Verschönerungsarbeiten vornehmen läßt, beispielsweise einen nicht unbedingt nötigen neuen Anstrich oder die Einrichtung elektrischer Beleuchtung, so sind es überhaupt keine Instandsetzungsarbeiten im Sinne des Gesetzes. Bei sehr großer Vernachlässigung eines Hauses hat das Mietseinkommen nach Anhörung der Baupolizeibehörde zu bestimmen, welche Instandsetzungsarbeiten zuerst vorzunehmen sind.

Kein Hauskonto wird angefordert, wenn das Haus erst nach dem 1. Januar 1920 erworben ist, falls nicht der Erwerb durch unmittelbaren Erbschaft eintrat. Hier von werden infolge der auf dem Grundstücksmarkt herrschenden Spekulationsstimmung auch zahlreiche Berliner Häuser betroffen. Nach dem 1. Januar 1920 heißt somit wie „mit Wirkung vom 1. Januar ab“, da der maßgebliche Zeitpunkt die Eintragung des Besitzrechtes im Grundbuche ist und natürlich niemand im Haus vom 2. Januar ab erwirbt. Bei allen diesen offensichtlichen oder versteckten Spekulationsstücken nimmt das Reichsmietengesetz einen Kaufpreis unter Berechnung der vorhandenen Mängel an. Hat der Käufer diesen Mängel gekannt oder mußte er sie kennen, so hat er nach dem völlig klaren Wortlaut des Reichsmietengesetzes auf die Gewährung von Mitteln für große Instandsetzungsarbeiten zur Beseitigung solcher Mängel überhaupt keinerlei Anspruch, zum Beispiel nicht für Mängel und fortwährende sehr kostspielige Reparaturen, die durch ein fehlerhaft angelegtes Dach entstehen.

Verkehrselend und Verkehrsgefahr

Das Unglück auf dem Nordring, das gegen 50 unserer Mitbürger das Leben kostete, muß endlich einmal die Öffentlichkeit aufrichten und zu energischer Forderung von Abänderung der elenden Verkehrsverhältnisse wachrufen, unter denen wir schon so lange leiden, daß sie uns fast zur Gewohnheit geworden sind. Die Behörde will sich die Sache leicht machen und droht mit Einstellung des Verkehrs, wenn das Publikum sich nicht güttergeben in die Verhältnisse schickt. Der wisse Geheimrat, der diese Information in die Presse brachte, hat seiner Behörde einen wahren Bärendienst getan: wir haben hier das wertvolle Eingeständnis, daß die bürokratische Verwaltung nicht mehr imstande ist, den Anforderungen modernen großstädtischen Verkehrs organisatorisch gerecht zu werden.

Zeit Jahrgang hat man uns immer erzählt, die preussische Staatsbahn sei das bestgeleitete, vorbildlichste Großverkehrsunternehmen der Welt; so lange, bis wir alle die Lüge glaubten. Wie steht es in Wahrheit aus? Für ganz Berlin mit seinen vier Millionen Einwohnern eine Gürtelbahn, eine Querbahn, nur einige Außenlinien, die hilflos in Kopfstationen endigen. Das mochte für 1882 genügen, für 1922 genügt es sicher nicht. In diesen 40 Jahren hat die Staatsbahnverwaltung nichts, aber auch gar nichts getan, um sich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Die Hochbahn ist nur ein schwacher Notbehelf. Man sehe sich den Stadtplan von London, Paris, New York an mit ihrer Mehrzahl sich kreuzender Stadtbahnen, um einen Begriff von großstädtischem Verkehrsweisen zu bekommen.

Dazu kommt die völlig rückständige technische Einrichtung. Noch heute gebraucht die Stadtbahn die im Fernverkehr üblichen Wagen mit Trittschritten, statt die Bahnsteige hochzu-

legen, wie bei der Untergrundbahn. Wie viele Menschen verunglückt jährlich durch Absturz zwischen Bahnsteig und Zug! Und die Trittschritte sind ja geradezu eine Verhinderung zu lebensgefährlichem Verdrängen. Aber die verrottenen Räumlichkeiten von Bauarbeitern in dem Konstruktionsbüro können den Gedanken nicht fassen, daß man auch einmal ein neues Modell in Auftrag geben könnte. Ehe wir dieses Verdrängen des monarchistischen Obrigkeitsstaates nicht auf den Rehrichtshausen geworfen haben, kommen wir nicht zu gefunden Verkehrsverhältnissen. Wir sind dabei, Forderungen zu stellen, vergessen wir auch diese nicht!

Parteijubilare

Am 1. Juli sind es 25 Jahre, daß drei tüchtige, bewährte Parteigenossen der Sache des Sozialismus dienen und der Partei als Mitglieder angehören. Es sind dies die Genossen Wilhelm Franke und Theodor Gemedler, IV. Viertel Lichtenberg, sowie der Genosse Franz Schulze, 13. Distrikt, Bezirk 588. Sie haben zu jeder Zeit treu zur Fahne des Sozialismus gestanden und mit vorbildlichem Eifer und Ueberzeugungstreue für die Sache des klassenbewußten Proletariats gewirkt. Wir wünschen unsern Jubilaren einen frohen Lebensabend und hoffen, daß sie sich wie bisher, in geistiger und körperlicher Frische, in den Dienst unserer Sache stellen und so der heranwachsenden Jugend ein Vorbild selbstlosen und uneigennütigen Wirkens im Dienste des klassenbewußten Proletariats sein werden.

Fahrpreisermäßigung für Jugendliche auf der Berliner Straßenbahn

Zufolge Beschlusses des Magistrats Berlin werden vom 1. Juli ab Fahrpreise zu ermäßigtem Preise für eine einfache Fahrt (Fahrpreis für Kinder, gegenwärtig 2 M.) an Jugendliche beiderlei Geschlechts (Vehrlinge und Schüler) vom 14. bis zum vollendeten 17. Lebensjahre durch die Schaffner ausgegeben gegen Vorzeigung eines besonderen, von der Hauptausgabestelle der Berliner Straßenbahn (Leipziger Platz 14, Werktags 9-8, Sonnabends 9-1 Uhr, am ersten und letzten Werktag im Monat 8-6 Uhr) ausgestellten Berechtigungsscheines. Der Berechtigungsschein wird ausgegeben an solche, im Gemeindebezirk Berlin ansässigen Jugendlichen vom 14. bis zum vollendeten 17. Lebensjahre, deren Einkommen einschließlich Naturalbezüge im Jahre 6000 Mark nicht übersteigt. Für die Ausstellung des Scheines ist eine Schreibgebühr von 2 Mark zu entrichten. Zweck Erlangen des Berechtigungsscheines sind der Hauptausgabestelle vorzulegen:

- a) die Geburtsurkunde oder anderer amtlicher Ausweis über das Alter,
- b) ein Ausweis zur Erlangung des Berechtigungsscheines, und zwar von Schülern: eine Bescheinigung der Schule, von Lehrlingen: eine Bescheinigung des Arbeitgebers sowie Lehrvertrag und sämtliche erwaigten Nachträge hierzu. Die Bescheinigungen sind auf besonderen Vordrucken auszufüllen, die bei der Hauptausgabestelle und allen Bahnhöfen der Berliner Straßenbahn erhältlich sind; sie enthalten zugleich die Beschränkungsbedingungen. Andere Bescheinigungen werden nicht anerkannt.

Die Berechtigungsscheine werden nur für die Personen ausgestellt und müssen auf den dazu vorgesehenen Stellen von dem Berechtigten mit Vor- und Nachnamen und genauer Wohnadresse eigenhändig mit Tinte unterschrieben sein und eine erkennbare Photographie (40x40 mm, unafgezogen) tragen, die von der Ausgabe- stelle mit Drahtklammer befestigt und gestempelt wird. Die Berechtigungsscheine sind nicht übertragbar und dürfen nur von dem durch die Unterschrift ausgewiesenen Berechtigten benutzt werden. Die Scheine gelten für das auf ihnen vorgedruckte Kalendermonatsjahr. Die Erneuerung hat unter gleichen Bedingungen wie die Ueberfertigung in der Hauptausgabestelle, Leipziger Platz 14, zu erfolgen; Vorlage der Photographie bedarf es jedoch nur bei der Ausfertigung der Karte. Während der ersten sieben Tage eines jeden Vierteljahres gelten noch die Berechtigungsscheine des vorhergehenden Vierteljahres und ebenso gelten bereits während der letzten sieben Tage des abgelaufenen Vierteljahres die für das kommende Vierteljahr ausgestellten Berechtigungsscheine.

Die Buchhandlung „Freiheit“ bleibt umzugs halber heute, Sonnabend, geschlossen. Ab Montag, den 3. Juli neue Adresse: Buchhandlung „Freiheit“ G. m. b. H. Berlin 27, Urbanstraße 7 (nahe am Halleschen Tor).

Wegen Einschränkung des Betriebes wird die juristische Sprechstunde am 1. Juli er. eingestellt.

Sprechst. Aus Anlaß der Reichsbildungskonferenz der U.S.P.D. findet im Großen Schauspielhaus am Sonntag, dem 9. Juli, eine Festschunde statt. Sämtliche Mitglieder des Chors werden dringend gebeten, zu dem Donnerstag, dem

Prägen in der Bezirksversammlung des X. Verwaltungsbezirks, Lichterfelde, Genosse Dr. Koellig forderte Rechenschaft über die Nichtfassung des Bezirksamts und gelpete so recht die Zustände dieser reaktionären Verwaltung. Als er den Deutschnationalen ihre Mordzentrale und ihre Verbrechen vorhielt, wurde er von diesen mit Gummiknüppeln angefallen, woraufhin die anwesende Arbeiterschaft zusprang und eine regelrechte Prügelei erfolgte, wobei diese deutschnationale Mordgesellschaft den Körper zog. Die Arbeiterschaft forderte nunmehr, daß hier der Magistrat sofort eingreift, alle monarchistischen Bilder in den Verwaltungs- und Schulgebäuden entfernen läßt, und eine Säuberung unter diesem reaktionären Beamtenum vornimmt. Wenn der Magistrat die Liste dieser Sekt haben will, dann heißt ihm dieselbe zur Verfügung.

Den Gipfel der Heuchelei haben annehmend die Deutschnationalen und Deutschnationalpartei in der letzten Bezirksversammlung in Treptow erklommen. Sie stimmten geschlossen für den Antrag, das Bezirksamt zu beauftragen, sofort für die Anschaffung der Reichsfahne für die sämtlichen öffentlichen Gebäude Sorge zu tragen.

Das für Kinnite auch der Stadtverordnete, Stadtrat und Rektor Specht, der aktiva Führer des „nationalen“ Blocks im Bezirk Treptow.

„Treu“ und „Aufrecht“ ist so ein Monarchide. Im Kleinen Kreise der Bezirksversammlung, unter besserer Kontrolle

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Heraus mit der bürgerlich-kapitalistischen Presse aus den Proletarierwohnungen.

Bestell noch heute, die „Freiheit“

Haupt-Expedition Kronprinzenufer 27 L.

der Öffentlichkeit, stimm. Herr Specht für die Fahne, die in der Verfassung die er beschworen hat, als Symbol der Republik anerkannt ist.

In der großen Berliner Stadtverordnetenversammlung stimmten die Monarchisten gegen die Reichsfahne, also auch Herr Specht! Wie will Herr Specht diesen Zwiespalt seiner Handlungen mit dem geleisteten Treueid in Einklang bringen? Wie will dieser Mann als Leiter einer Schule dem Symbol der Republik den notwendigen Respekt verschaffen? Denn als Beamter und Lehrer soll er doch nicht nur für die Einhaltung, sondern auch für die Befestigung der Republik und ihrer Einrichtungen eintreten!

Das ist der bekannte Boden der „gegebenen Tatsachen“, worauf diese Sorte Beamten sich immer stellen!

Das sind die „zuverlässigen“ Stützen der Republik! Das ist der Respekt vor dem Eide?

So kann und darf es nicht mehr weiter gehen. Wer als Beamter sich nicht für die Republik entscheiden kann und die beschworene Fassung nicht beachtet, muß entfernt werden.

Bezirksversammlung Wilmersdorf. Eine selten erreichte Sitzung erlebte am 23. Juni der 9. Verwaltungsbezirk. Nachdem zu Beginn der Sitzung der deutschnationale Vorsteher unter einigem Schmeicheln sein Bedauern über die im Bezirk erfolgte Ermordung Rathenau's ausgeprochen hatte, wurde von der Parteien der Rechten die Besprechung einleier von der U.S.P.D. und U.S.P. einabragten Anträge wegen des Mordes auf den Schluss verschoben. In mehreren Angelegenheiten wurde durch Anträge der U.S.P. und S.P.D. schiefgestellt, daß das reaktionäre Bezirksamt sich über wichtige Anordnungen des Magistrats hinwegsetzt und in leichtfertiger Weise häßliches Gut verschleudert hat. In vorerklärter Stunde zog vor das Stadthaus, in dem die Sitzung stattfand, ein Demonstrationzug der S.P.D., und es erschienen einige seiner Mitglieder auf der bereits von Anhängern der U.S.P. und S.P.D. überfüllten Tribüne. Außerdem folgte eine zahlreiche Menge den Hof des Stadthaus; von der Rampe des Bezirksparlamentarischsaals wurde von Udemann (S.P.D.) eine Ansprache gehalten. Der hellverreizende Vizepräsident Franko mußte mit einer Deputation der demonstrierenden Menge verhandeln, nachdem auf einen Antrag der U.S.P. die Tore des Hauses wieder geöffnet worden waren, die man trotz der vorgeschriebenen Öffentlichkeit in über großer Vorsicht geschlossen hatte. Der Gesang der Internationale klänge in die Erörterung der Mordbege gegen Rathenau und der reaktionären Umtriebe hinein, die von der U.S.P. und S.P.D. bekräftigt wurden. Schließlich benutzte der Vorsteher die berechnete Empörung der Tribüne, um die Sitzung vorübergehend zu schließen. Die Parteien der Rechten wurden unter den bestigen Anarischen der Sozialisten und den milderen Vorwürfen der Demofronten immer stiller und kleiner, sie schlugen ganz verächtliche Töne an, die von unserer Seite nach Gebühr aufeinanderkamen wurden. Gegen Mitternacht wurde die Sitzung unter lautem Gesang der Internationale seitens der Tribüne und mit einem Hoch auf die Republik geschlossen.

Abrung von Ziegenböden. Das Bezirksamt Wedding gibt bekannt: Auf Grund der vom Polizeipräsidenten am 7. Oktober 1921 für den Umfang der Stadtgemeinde Berlin erlassenen Anordnung zum Ziegenbockhaltungsgesetz vom 14. Dezember 1920 sind für Groß-Berlin sechs Bezirke gebildet worden. Mit der Durchführung der Polizeiverordnung im I. Bezirk der die Verwaltungsbezirke 1-6 (Mitte Berlin), d. h. Mitte (1), Tiergarten (2), Wedding (3), Prenzlauer Berg (4), Friedrichshagen (5), Kreuzberg (6) umfasst, ist das Bezirksamt Wedding beauftragt worden. Zur Feststellung des Bestandes an sprungfähigen Ziegenböden werden alle Besitzer, die ihren Wohnsitz in den vorgenannten Verwaltungsbezirken haben, hierdurch aufgefordert, ihre Ziegenböden bis zum 8. Juli 1922 dem vereinigten Büro des Bezirksamts Wedding, Berlin N. 20, Schönheitsstr. 1, d. Stoc. Zimmer 15, schriftlich oder mündlich zur Abrung anzumelden. Der Abrungstermin wird noch bekanntgegeben. Die Abrung selbst erfolgt lediglich im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse zur Debung der Ziegenzucht. Im Interesse der Wohlhaltung liegt es, die Anmeldung nicht zu versäumen, da nach der Polizeiverordnung vom 7. Oktober 1921 mit Geldstrafen oder Haft geahndet wird: 1. wer einen dem zuständigen Abrungsausschuss nicht vorgeführten oder von diesem abgeprüften Bock gegen oder ohne Entgelt zum Decken fremder Ziegen verwendet oder herabsetzt, für jeden einzelnen Fall, 2. wer eine ihm gehörige Ziege von einem Bock decken läßt, der dazu nach den Vorschriften der Anordnung nicht verwendet werden darf, 3. wer einen angeprüften oder abgeprüften Bock so weiden oder herumlaufen läßt, daß dieser fremde Ziegen oder Lämmer decken kann.

Kraftomnibusverkehr Mariendorf - Lichterfelde. Um einen langbeachteten Wunsch der Bewohner von Lichterfelde auf eine bessere Verbindung mit der Stadt zu entsprechen, wird nunmehr, nachdem ein Ausbau der Straßenbahn aus wirtschaftlichen Gründen vorläufig unmöglich ist, auf Grund wiederholter Verhandlungen des hiesigen Verkehrsamtes mit der Allgemeinen Berliner Omnibus A.-G. ab 1. Juli eine regelmäßige Kraftomnibusverbindung von Mariendorf (Kirche) bis Lichterfelde (Bahnhof) eingerichtet. Der Preis für die ganze Strecke wird 4.- M. betragen, während für kürzere Entfernungen, etwa von Lichterfelde (Budower Straße) bis Bahnhof, der Fahrpreis auf 3.- M. festgesetzt wird. Von der Strecke zum Omnibus und umgekehrt werden die normalen Umklegefahrpreise der Straßenbahn zu 7.- M. veranschlagt werden. Vorläufig soll der Betrieb einmal wöchentlich erfolgen.

22 000 Angeklagte. Die ohnehin schon stark überlasteten Moskauer Gerichte sind durch eine Entscheidung der Generalstaatsanwaltschaft bei dem Kammergericht vor eine Aufgabe gestellt worden, auf deren Lösung man gespannt sein darf. Wie bereits mitgeteilt hatte der Weltkongressarbeiter Karl Aden gegen die sämtlichen Einzelner — es sind dies ca. 22 000 — Strafanzeige wegen Beihilfe zum gewerblich wichtigen Glückspiel erstattet, indem er von der nicht so ohne weiteres von der Hand zu wessenden Anschauung ausging, daß, wenn er selbst sich nach Ansicht der Staatsanwaltschaft das gewerblich wichtige Glückspiel schuldig gemacht haben sollte, sich sämtliche Einzelner zum mindesten der Beihilfe bzw. sogar ebenfalls des gewerblich wichtigen Glückspiels schuldig gemacht haben müßten.

Eine Leiche auf den Schienen. Auf den Schienen am Bahnhof Rankwitz wurde die Leiche eines 30 bis 40 Jahre alten Mannes mit einer klaffenenden Stirnwunde aufgefunden und nach dem Schauhause gebracht. Wahrscheinlich ist der Unbekannte während der Fahrt aus dem Zuge gekürzt.

Geborene Leichen. Die Leichen des beim Seelen am Sonntag ertrunkenen Arztes Dr. Kreißamer und seiner Wirtshauserin Fräulein Schula konnten gestern nachmittag geborgen werden.

Aus der Chronik der Lebensmühen. Gekern wurde der 20 Jahre alte Fahrtechniker Herbert W. in seiner Wohnung in der Spiekermannstraße infolge Gasvergiftung tot aufgefunden. — Der 50 Jahre alte Eisenbahnarbeiter Karl R. erhängte sich in einem Waldchen zwischen Heerstraße und Altemannen-Allee.

Neue Kohlenpreiserhöhung

Eine vom alten Bergarbeiterverband einberufene Konferenz beschloß, eine neue Erhöhung der Bergarbeiterlöhne entsprechend der wachsenden Teuerung zu fordern.

In Berlin besaßen sich gestern die Organe der Kohlenwirtschaft abermals mit der Kohlenpreisklage. Seitens der Vertreter der Bergarbeiter wurde erklärt, daß die Lohnsteigerungen von 35 M. pro Mann und Schicht durch die Teuerung überholt, und daß eine Lohn- und Kohlenpreiserhöhung nicht umgehen lasse, und zwar soll der Preis für Ruhr-Heißförderkohle um netto 202 M. und einschließlich Steuern und Händleraufschlag um brutto rund 300 M. d. h. von 907,50 M. auf 1208 M. die Tonne erhöht werden. Für Rheinische Braunkohlenbrütts soll sich aus den gleichen Gründen der Preis von 555 M. pro Tonne um 180 M. auf 735 M. steigern.

Georg von Vollmar gestorben

Auf seinem Gute Soienhof am Balchensee ist Georg von Vollmar nach einem langen Leiden, das ihn seit Jahren von der politischen Tätigkeit ferngehalten hat, gestorben. Georg von Vollmar war Jahrgang 1864, Führer der bayerischen Sozialdemokratie. Ehemals Offizier und im deutsch-französischen Kriege schwer verwundet, schloß er sich der sozialistischen Bewegung an. Beim Fall des Sozialistengesetzes stand Vollmar auf dem äußersten linken Flügel in Gemeinschaft mit Wildberger, Auerbach, Bruno Wille und Sandauer. Aber in seinen politischen Auffassungen trat ein schneller Wechsel ein. Schon zwei Jahre später entwickelte er in einem als Broschüre nachträglich herausgegebenen Vortrag „Was nun?“ Auffassungen, die fast revisionistische Anfänge hatten. Im bayerischen Landtag entsfaltete Vollmar in Gemeinschaft mit Grillenberger eine fruchtbarere Tätigkeit. Ihm und Grillenberger ist es denn auch zuzuschreiben, wenn die bayerische Regierung sich zu einer wesentlichen Verbesserung des bayerischen Landtagswahlrechts gezwungen sah. Gemeinsam mit dem verstorbenen Heinrich Braun und dem jetzigen Redakteur der Völkischen Zeitung Georg Bernhard führte er jenen Flügel innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, gegen den August Bebel's große Rede auf dem Dresdener Parteitag gerichtet war. Im Reichstag, dem Georg Vollmar seit den 90er Jahren als Vertreter von München II angehörte, trat er hauptsächlich bei der Behandlung von Marzfragen hervor. Sein Gesundheitszustand zwang ihn, sich immer mehr von der aktiven parlamentarischen Tätigkeit zurückzuziehen. In den letzten Jahren, als er dem Reichstag angehörte, war er nur noch selten im Parlament.

Supacken!

Unser Genosse Künstler hat an den Reichswehrminister Dr. Gessler folgenden Brief gerichtet:

„Auf Grund bestimmter und zuverlässiger Mitteilungen erlaube ich mir die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers hinzulenken auf die herrschenden Zustände und Stimmungen in leitenden Kreisen der „republikanischen“ Marineoffiziers in Flensburg.“

Als am Sonnabend, dem 24. Juni 1922, die Kunde von der Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau in der Flensburger Marineoffizierschule bekannt wurde, schloßen sich die Marineoffiziere veranlaßt, diesen Tag besonders zu feiern. Es fand am Abend des 24. Juni in dem Offiziers-Kasino eine große Feier statt, verbunden mit einem großen Festgelage, welches bis in die Nacht hinein dauerte.

Bei dieser Feier wurden hochpatriotische Reden gehalten und der Märtyrer Dr. Rathenau durch brausende Hohn- und Hurras verherrlicht. Ebenfalls haben diese „republikanischen“ Offiziere Hohn auf den Kaiser und die künftige Monarchie ausgebracht.

Die vorstehenden Angaben sind mir von einem sehr zuverlässigen Gewährsmann mitgeteilt worden. Ich ersuche den Herrn Minister, dieselben meinen Angaben nachzugehen und bitte um baldigen Bescheid, was das Ministerium zu unternehmen gedenkt, damit diese Offiziers zur Rechenschaft gezogen und bestraft werden.

Der Kommandeur der Flensburger Marineoffizierschule ist ein Bruder des Erzbergermörders von Tollesien.“

Der Hermes-Prozess nicht vor dem Staatsgerichtshof

Der Prozess, den der ehemalige Reichswehrminister und jetzige Reichsfinanzminister Dr. Hermes gegen die Freiheit wegen ihrer Veröffentlichung über billige Weinforderungen angehängt hat, wird nicht vor dem Staatsgerichtshof zur Verhandlung kommen, sondern nach einem einstimmigen Beschluß des Reichskabinetts vor dem ordentlichen Gericht.

Die irischen Rebellen ergeben sich

London, 30. Juni.

Die regulären irischen Truppen haben den Dubliner Subdivisionschef, in dem sich die irregulären verschanzt hatten, in Brand gesetzt. Eine starke Explosion erfolgte, die einen Teil der Stadt erschütterte. Zuerst gelang es den Regulären, den linken Flügel des Gebäudes zu besetzen. Allmählich wurden 3/4 des Gebäudes eingenommen und 20 Gefangene gemacht. Aber in einem Flügel leistete General O'Connell mit 150 Anhänger heftigen Widerstand. Erst im Laufe des Nachmittags ergab sich der Rest der Aufständigen, da weiterer Widerstand zwecklos war.

Die englische Arbeiterpartei gegen Versailles

Einburah den 29. Juni

Die Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei nahm einstimmig eine Entschließung an, die die Politik der Regierung bezüglich der Friedensverträge verurteilt. Besonders wendet sich diese Entschließung gegen den Versailles Vertrag, dessen Bestimmungen eine Wiederaufnahme Europas verhindert. Die Reparationen, die Deutschland zu zahlen habe, müßten auf ein vernünftiges Maß herabgesetzt werden. Der Kontrakt lehnte mit 3880 Stimmen gegen 2000 Stimmen die Aufnahme der kommunistischen Partei in die Arbeiterpartei ab.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Freitag, den 30. Juni 1922.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung 1 Uhr 15 Minuten.

Kleine Anfragen.

Abg. Ruhn (USP.)

fragt an, ob der Reichsregierung bekannt ist, daß der zum Kommandanten des kleinen Kreuzers „Berlin“ ernannte Kapitän von Voewensfeld sich mehrmals seiner Soldatenmishandlungen schuldig gemacht, daß unter seiner Führung die Marinebrigade Voewensfeld in den Kaputtagen in Schlesien eine Anzahl Menschen in bestialischer, seiner Weise ermordet und in die Oder geworfen, daß ferner ebenfalls unter seiner Führung die dritte Marinebrigade im Rheinland eine große Anzahl Arbeiter, die die deutsche Republik verteidigten, in bestialischer und seiner Weise ermordet hat? (Stürmische Proteste und Hört! Hört! links.) Ist die Reichsregierung der Auffassung, daß Voewensfeld die geeignete Persönlichkeit ist, als Führer eines republikanischen Schiffes mit dem Auslande Beziehungen anzuknüpfen, die dem deutschen arbeitenden Volk dienen und das Ansehen Deutschlands heben?

Ein Regierungsvertreter beantwortet die Anfrage. Er wird von der Linken häufig sarkastisch unterbrochen, so daß der Präsident Ebert eingreift und die Abgeordneten bittet, den Redner seine Ausführungen beenden zu lassen, da er ja nur im Auftrage der Regierung die Antwort erteilt:

Es ist richtig, daß Kapitän von Voewensfeld als Leutnant zur See im Alter von 22 Jahren wegen Mißhandlung mit 10 Tagen Stubenarrest bestraft worden ist. Die Vorgänge in Breslau sind Gegenstand einer eingehenden gerichtlichen Untersuchung gewesen, dabei konnte keinerlei Verschulden Voewensfelds oder seiner Offiziere festgestellt werden. Die Verwendung der Marinebrigade Voewensfeld im Ruhrgebiet erfolgte im Auftrag der Reichsregierung gegen die rote Armee. (Hört! Hört! links.) Wegen der zur Sprache gebrachten Beschuldigungen ist keinerlei Anzeige bei irgendeiner der zuständigen Stellen erfolgt. Wie bei anderen Freikorps sind auch bei der Auflösung der Marinebrigade Voewensfeld in den Lagern Unregelmäßigkeiten vorgekommen. (Hört! Hört!) Das war bei der ganzen Zusammenziehung der Freikorps gar nicht zu vermeiden. Jedenfalls können die Führer hierfür nicht wie bei regulären Truppen verantwortlich gemacht werden. Der Kapitän Voewensfeld hat bei der Auflösung seines Korps die Reichsregierung in der loyalsten Weise unterstützt und dadurch wesentlich dazu beigetragen, daß bei dieser Brigade Schwierigkeiten, wie sie bei anderen Brigaden entstanden, nicht aufgetreten sind. Da Voewensfeld sich auch seitdem in absolut loyalster Weise benommen hat und auf Grund seiner früheren Beurteilung und seiner besonderen Sprachkenntnisse für ein Auslandskommando besonders geeignet ist, bestand für mich kein Anlaß, ihm dieses Kommando vorzuenthalten. (Entrüstung links.) Denn ich halte mich zu einer solchen Maßregelung eines Reichswehrangehörigen nur berechtigt, wenn ihm schuldhaftes Vergehen nachgewiesen ist.

Ohne Debatte werden in allen drei Lesungen angenommen: die Gesetzesentwürfe über Gewährung von Straffreiheit für in Oberschlesien begangene Straftaten, das Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Fabrik- und Handelsmarken, das Gesetz zur Ueberweisung von Rechtsangelegenheiten der Schingebiete und das Gesetz zur Neuordnung der im Handelsgelehrbuch und in der Gewerbeordnung vorgesehene Gehaltsgrenzen. Der Rapallo-Vertrag wird dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Beim Gesetzentwurf über Feuerungsmaßnahmen für Militärrentner folgt

Abg. Albrecht (USP.): Dieser Gesetzentwurf enthält eine bittere Enttäuschung für die Kriegsgeschädigten mit Kriegsrentenrückstellungen. Wir haben erwartet, daß dieser Entwurf ihre Not und ihr Elend, wenn nicht beseitigen, so doch mildern würde. Dieser Entwurf wird die Agitation unter den Kriegsgeschädigten nicht vermindern lassen, wie ein Regierungsvertreter ausführte, sondern gerade durch dieses Gesetz wird sie von neuem aufleben. Während eine Klasse von Menschen prahlt und verschwendet, müssen die verhungern, die für sie gebüht haben. Seit zwei Jahren kommen fortgesetzt Klagen der Kriegsopter über ihre furchtbare Lage. Bei einer interfraktionellen Sitzung mit den Kriegsgeschädigten-Organisationen stellte sich heraus, daß alle diese Organisationen den heute hier vorliegenden Gesetzentwurf einstimmig ablehnen, da er nicht im geringsten den berechtigten Ansprüchen der Kriegsopter genüge. Auch das Resultat der Ausschussberatungen hat die Kriegsopter-Organisationen bitter enttäuscht. Ihre sehr bescheidenen Forderungen, die Aufbesserung z. B. aller jetzt zahlbaren Gehaltsrückstände um 100 Proz., wurden von der Regierung abgelehnt, da die Mittel hierfür nicht auszubringen seien. (Hört! Hört! links.) Die jetzt geschätzten Renten sind lächerlich gering. Ein Schwerbeschädigter, der ein Bein verloren hat, und auf beiden Ohren taub ist, erhielt z. B. als Verheirateter mit vier Kindern 944,70 M. (Pfund bei den USP.) Es bedürfte erst einer Klage vor dem Versorgungsgericht, um ihm die höchste gültigste Rente zu verschaffen. Diese beträgt für eine sechs-köpfige Familie 1221 M. (Recht, Hört! Hört! bei den USP.) Ein Schwerbeschädigter mit Frau und zwei Kindern bekommt 888 M. Als der Krieg ausbrach, haben sie den hinaus-ziehenden Krieger versprochen, sie gut zu versorgen und ihre Familien gut zu versorgen. Die der „Dank des Vaterlandes“ aussteht haben ihnen ja einige Fälle gezeigt. Mittel können geschaffen werden, wenn der Wille dazu da ist; warum sorgen Sie nicht dafür, daß die Kapitalflucht so verhindert wird, wie das nötig ist. Die Vermögenden dieser Leute, die die wahrhaftigen Landesverräter sind, müßten konfisziert werden. Wie soll das Ansehen Deutschlands im Ausland steigen, wenn die kapitalistischen Staatsbürger ihre Vermögen ins Ausland bringen? Wir fordern eine wesentliche Erhöhung der Bezüge für die Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen. Wir haben dementsprechende Anträge gestellt. Nehmen Sie diese Anträge ab, dann beweisen Sie damit, daß Sie im Kriege nur gehandelt haben! (Recht, Bravo! b. d. USP.)

Nach weiterer Debatte werden in der Abstimmung sämtliche von der Unabhängigen Fraktion gestellten Anträge, die Genosse Herx noch einmal begründet, ebenso wie die kommunistischen Anträge abgelehnt. Angenommen werden lediglich einige unwesentliche Anträge und ein deutschvolksparteilicher Antrag, der die Kürzung des Feuerungsausschusses erst bei einem höheren Einkommen neben der Rente verlangt.

Der Gesetzentwurf wird in zweiter Lesung einstimmig angenommen, ebenso der interfraktionelle Gesetzentwurf über den Erlass der durch die Besetzung deutschen Reichsgebietes verursachten Personenschäden und ein Entwurf der Regierung über die gleiche Materie.

Regelung des Verkehrs mit Getreide.

Nach dem Berichterstatter Gutsch (D. Vp.), der die Schwierigkeiten der Ausschussberatung darlegt, behauptet Abg. Schiele (D. Vp.), daß die volkswirtschaftliche Frage der Getreidemenge zu einer politischen gemacht worden ist. (Lachen links.)

Abg. Krüger (SPD.): Wir glauben dem Vorgesprochenen der

Landwirte auf freiwillige Lieferung nicht. Die Landwirte sind zum größten Teil politisch verkehrt.

Abg. Siegerwald (Fr.): Der jetzige Getreidepreis ist ein politischer Preis. Hätte man einen niedrigeren als den jetzt festgesetzten Preis bestimmt, dann wäre bis zum nächsten Jahr die Anbaufläche zurückgegangen.

Abg. Herz (USP.):

Der deutschnationale Abgeordnete Schiele hat behauptet, daß die Frage der Getreidemenge zu einer politischen Angelegenheit geworden ist. Diese Tatsache ist allein die Folge der Obstruktion der Landwirtschaft gegen ein Umlageverfahren überhaupt. Die von der „Freiheit“ veröffentlichten Richtlinien der landwirtschaftlichen Organisationen stellen Anweisungen dar für den Fall, daß die Getreidemenge Gesetz wird. Wir bedauern sehr, daß die Regierung unsere Interpellation über diese Richtlinien nicht beantwortet hat, auch deshalb, weil dadurch in großen Schichten der Bevölkerung der Eindruck erweckt werden kann, als ob die Regierung den Verheerungen und Drohungen der Landwirtschaft nicht abwehrend gegenüberstehe. Es ist ein unerträgliches Elend, den Preis des Getreides, das wichtigste Volksernährungsmittel, der freien Marktbildung zu überlassen. Man muß sich fragen, was eine solche freie Preisbildung bedeutet. Sie wäre eine Belohnung für jeden weiteren Mord, der aus Ihren Reihen (nach rechts) kommt.

Seit der Tat am vergangenen Sonnabend ist nicht nur der Kurs der ausländischen Devisen hochgeschwungen, sondern es ist auch eine starke Aufwärtsbewegung der Preise für Auslands- und Inlandsgetreide zu konstatieren.

Es ist eine maßlose Verhöhnung, wenn Sie aus diesen politischen Wirrnissen, die von Ihnen erzeugt sind, auch noch Vorteile ziehen wollten. Dann dürfen Sie sich allerdings nicht wundern, wenn der Jörn des Volkes groß und groß wird. Schiele hat von der „Not“ der Landwirtschaft gesprochen. Ich will auf diese Ausführungen nicht länger eingehen. Nur eins: Wenn man sieht, wie

bei der landwirtschaftlichen Ausstellung in Nürnberg Landwehrmarschälle herumgeschoben

sind, um Kapellen zu belohnen, weil sie das Lied „Deutschland, Deutschland über alles!“ spielten, dann ist es allerdings schwierig, ein Verständnis für die „Not“ der Landwirtschaft zu haben. Die Deutsche Volkspartei hat heute einen Redner vorgeschickt, der nicht zu den agrarischen Vertretern ihrer Partei gehört. Wenn er auch in den Ausschussberatungen hier und da gegen seine Freunde, die es hat auf einen Konflikt angelegt hatten, gestanden hat, so hat er doch immer in den Abstimmungen wie die landwirtschaftlichen Vertreter seiner Fraktion gestimmt. Wenn bei der gegenwärtigen Vorlage, die die Erlassung von 2 1/2 Millionen Tonnen durch die Umlage bestimmt, von der Rechten behauptet wird, daß sie die Produktionssteigerung der Landwirtschaft gefährde, so stelle ich demgegenüber den Ruf eines Landwirts in der „Deutschen Tageszeitung“, in dem dieser denselben Standpunkt vertritt, um dessen willen ich von der Rechten ausgeschlossen worden bin:

Große Gewinne und geringes Risiko wirken nicht produktionsfördernd, sondern produktionshemmend.

Wir folgern aus einer solchen Erkenntnis nicht, daß der Landwirtschaft ein ungerechtfertigter Zwang auferlegt werden muß. Aber wir verlangen, daß die große Masse der Bevölkerung nicht dem hemmungslosen Wucher der Landwirtschaft ausgeliefert wird. Die Getreidemenge erlaßt bei der schlechtesten Ernte nur ein Drittel der gesamten Brotgetreidemenge in Deutschland. Zwei Drittel ihrer Roggen- und Weizenernte verbleiben den Landwirten noch, um ihre künftige Versorgung durchaus sicherzustellen. Unser berechtigter Antrag, die Umlage auf 4 1/2 Millionen Tonnen auszuweiten, ist abgelehnt worden, durch die allein die Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden wäre.

Deute vor einer Woche hand Delferich hier und tat den Anspruch: Es ist ein Glück, daß die Auslandsanteile geschnitten sind. Auch dieser Anspruch war nichts anderes als die Forderung weniger kapitalistisch interessierter Kreise, die die Masse des Volkes ins Unglück stürzen wollen, um einen Vorteil für wenige Tausende zu erringen. Wenn wir dem Gesetzentwurf zustimmen, so geschieht das nur, weil wir den Herren von der Rechten nicht die Geschäfte befragen wollen, weil wir ihnen nicht ihren Wunsch erfüllen wollen, daß durch die Ablehnung der Getreidemenge automatisch die freie Wirtschaft erreicht wird. Die freie Wirtschaft würde zehnmal schlimmeres bringen, als dieser Gesetzentwurf. Weil wir eine wirtschaftliche Krise vor deutschen Volke abhalten wollen, weil wir nicht Katastrophenvollstreckungen haben wir dem Gesetzentwurf und dem Umlageverfahren überhaupt unsere Zustimmung gegeben. (Recht, Beifall links.)

Nach einem bayerischen Abgeordneten führt Abg. Koenen (SPD.) aus: Man hätte nach dem frechen Mordanschlag der vorigen Woche erwarten müssen, daß die Sozialdemokraten es auf eine Reichstagsauflösung wegen der Frage der Getreidemenge ankommen lassen würden. Der jetzige Kompromiß ist ein sehr schlechtes Kooperationsprodukt.

Ernährungsminister Heß legt noch einmal die Notwendigkeit zur Erhaltung der Umlage andeiner. Er bittet um Annahme des Gesetzes und um Abänderung des § 1 im Sinne des Antrags der SPD., USPD., Zentrum und Demokraten, der durch die Umlage zu ersaffende Getreide auf 2 1/2 Millionen Tonnen festsetzt.

Abg. Heim (Bayer. Vp.) erklärt, daß seine Partei gegen dieses Gesetz als gegen ein Unheil stimmen würde. Seine Partei werde aber bei ihren Mitgliedern darauf dringen, daß der Durchführung des Gesetzes keinerlei Schwierigkeiten gemacht würden, was zu betonen notwendig sei, da von rechter Seite eine große Hebe gegen das Gesetz inszeniert würde.

In der Abstimmung wird nach Ablehnung des kommunistischen Antrags auf Restsetzung der zu ersaffenden Getreidemenge auf 4 1/2 Millionen der Antrag der beiden sozialdemokratischen Parteien, des Zentrums und der Demokraten auf Festsetzung von 2 1/2 Millionen Tonnen gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei und bayerischen Volkspartei angenommen.

In der Spezialberatung, an der sich für unsere Fraktion Genosse Herx beteiligt, werden alle unabhängigen Abänderungsanträge sowie alle von anderen Parteien gestellten wesentlichen Anträge abgelehnt.

Gemäß dem Antrag der Unabhängigen wird nur der § 34 wieder in der Regierungsvorlage hergestellt, wonach das zur planmäßigen Versorgung bestimmte Getreide und Mehl ausschließlich zur Verteilung an die versorgungsberechtigte Bevölkerung zu verwenden ist. Die Verteilung erfolgt durch die Kommunalverbände.

Der Antrag der beiden sozialistischen Parteien, der Demokraten und des Zentrums, den Preis für den Umlageroggen auf 6000 Mark festzusetzen, für Weizen 7400 Mark, für Gerste 6700 Mark, für Hafer 6800 Mark pro Tonne wird angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Getreidemenge wird in zweiter Beratung angenommen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Dritte Beratung der Getreidemenge der Personenschäden-gesetz, Artikel 18 der Reichsverfassung, Vierjahresgesetz, Landpolizei der Länder, keine Vorlagen.

Schluss 10 Uhr.

